

Sächsisch-Elbzeitung

Tageblatt für die

Inhalt die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Sächsischer Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postcheckkonto: Dresden 33 327 Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Mendorf, Meingiechhübel, Meinhensdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Fördsdorf, Postwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele

Verantwortlich: Walter Hiele
Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltige 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Aufträge 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“
„Die Frau und ihre Welt“, Illustrierte Sonntagsbeilage:

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisrückzahlung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 22

Bad Schandau, Dienstag, den 27. Januar 1931

75. Jahrgang

Mit dem Pfennig rechnen

Der Reichskanzler hat in den letzten Tagen mehrere in der großen Öffentlichkeit im allgemeinen stark beachtete Reden gehalten, die dazu bestimmt waren, eine gewisse Nervosität und falsche Einstellung zu den gegebenen Tatsachen zu zerstreuen. Einmal sprach er in Chemnitz vor der sächsischen Unternehmerschaft und wenige Tage später in einer Kundgebung der christlichen Gewerkschaften in Köln. In beiden Fällen hat er ziemlich deutlich die Gesamtlage Deutschlands vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht gekennzeichnet. Sie ist wahrlich nicht rosig, und mancher Unternehmer und ein großer Kreis von Arbeitern, die durch die Ungunst der Verhältnisse aus dem Produktionsprozess herausgeschleudert worden sind, beginnen pessimistisch, verbittert und wohl auch ungerecht zu werden. Diesen Stimmungen und Strömungen versuchte der Kanzler entgegenzuwirken.

Was seine Ausführungen besonders bedeutungsvoll machte, war die Forderung an Reichstag und Parteien, die Dinge klar und sachlich zu sehen. Er hat davon gesprochen, daß der Reichstag mit seinem Wiederauftritt Anfang Februar vor gewaltige Entscheidungen gestellt sein wird. In erster Linie muß nach des Kanzlers Worten die Grundlage weiterer finanzieller Konsolidierung in Reich, Ländern und Gemeinden geschaffen werden. Dabei hat er ein Wort geprägt, das zu beachten gerade unseren Behörden wärmstens anempfohlen werden sollte, nämlich „mit jedem Pfennig, den die öffentliche Hand ausgibt, genau so zu verfahren wie andere Völker, die nach einem verlorenen Kriege wieder hochgekommen sind, nämlich sich wieder zu überlegen, was der Pfennig wert ist“.

An diesem Wort sollte niemand, dem die Sorge um den Wiederaufstieg Deutschlands am Herzen liegt, gedankenlos vorübergehen. Es ist leider so, und oft ist es in der Öffentlichkeit schon gesagt worden, daß gerade unsere Behörden, gleich welcher Art, sich nicht an jene Sparsamkeit gewöhnen können, die einstens die preußische Verwaltung auszeichnete. Heute muß jede Behörde im eigenen Brunnhause sitzen; Forderungen der Hygiene und der neuzeitlichen Bauweise werden vorgeschoben, um solche Bauten zu begründen. Parker Gilbert hat einmal in seinem Bericht über den deutschen Haushalt gerade auf diesen Luxus der deutschen Behörden hingewiesen und erklärt, daß solche äußeren Erscheinungen nicht den Eindruck erwecken, als könne Deutschland die Reparationslasten nicht tragen. Was von den Reichs- und den Staatsbehörden gilt, trifft leider in vielen Fällen auch von den Gemeindebehörden zu. In der Zeit, wo wir den Grundstein hätten legen können für einen Neufonds, haben sich die einzelnen Behörden, haben sich vor allem die Groß- und vielfach auch die Mittelstädte gegenseitig Konkurrenz gemacht in der Durchführung von öffentlichen Bauten und Anlagen, die eigentlich über unsere Kraft gingen. Der Pfennig war nichts, und die Millionen rollten.

Die verschiedenen Maßnahmen der Regierung Brüning sind auf eine Senkung der öffentlichen Ausgaben und der Produktionskosten gerichtet. Sie haben sich vorerst in der Hauptfrage in einer Senkung der Löhne und Gehälter ausgewirkt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Reichstag von der Regierung Rechenschaft darüber verlangen wird, ob ihre Zusagen der gleichzeitigen und gleichmäßigen Preissenkung innegehalten worden sind. Seine Andeutungen in Köln, daß es mit der Lohnsenkung allein nicht getan ist, gibt schon einen Anhalt dafür, daß dieses Versprechen nicht erfüllt wurde, vielleicht nicht erfüllt werden konnte. Die Preissenkungspolitik der Regierung hat sich somit dahin ausgewirkt, daß der Arbeiter und Angestellte jetzt mehr denn je mit dem Pfennig rechnen muß. Und wo bleibt die Pfennigrechnung der anderen, wo bleibt sie bis zur letzten Konsequenz bei den Behörden?

Trotz der bedauerlichen parteipolitischen Zerrissenheit ist das deutsche Volk zurzeit durch die Verhältnisse zu einer Notgemeinschaft zusammengeschlossen, die es erforderlich macht, gemeinsam der Schwierigkeiten Herr zu werden, oder gemeinsam zugrunde zu gehen. Die schönsten

Für eilige Leser.

* Das argentinische Schulschiff „Presidente Sarmentino“ hat eine Rundreise durch den Atlantischen Ozean angetreten. Das Schulschiff wird auch Deutschland besuchen.

* Fünfzig junge Perser reisen dieser Tage nach Italien ab, wo sie zum Dienst in der neuen persischen Marine ausgebildet werden sollen. Mehrere Schiffe der neuen Flotte, die auf italienischen Werften erbaut werden, nähern sich ihrer Vollendung.

* Die Arbeitslosenkommission in Washington schätzt die Gesamtzahl der amerikanischen Arbeitslosen auf 4½–5 Millionen. Diese Schätzung fußt auf einer Zählung, die von einer großen Versicherungsgesellschaft durch ihre Agenturen in 16 Großstädten vorgenommen worden ist.

Worte vom Sparen und vom Rechnen nützen nichts, wenn sie nicht allgemein beachtet und angewandt werden. Das deutsche Volk muß in seiner Gesamtheit herunter von dem Millionenimmel, es muß wieder allgemein mit dem Pfennig rechnen und „mit jedem Pfennig, den die öffentliche Hand ausgibt, genau so zu verfahren wie andere Völker, die nach einem verlorenen Kriege wieder hochgekommen sind, nämlich sich wieder zu überlegen, was der Pfennig wert ist“.

man in Deutschland wieder mit dem Pfennig rechnet und mit dem Pfennig geizt, muß nicht nur im Ausland bekannt, sondern muß dort auch fühlbar werden. Solange wir uns in unserer heutigen schwierigen Lage befinden, kann es uns niemand verargen, wenn wir auf Waren des Auslandes verzichten, die wir uns im Wohlstand leisten konnten. Dort sollten wir nicht nur mit dem Pfennig, sondern mehr noch mit der Mark rechnen. Wenn diese Ueberzeugung Gemeingut des deutschen Volkes wird, dann ist der Zeitpunkt bestimmt erreicht, wo es wieder vorwärtsgeht.

Ruhe in Genf

Genf, 26. Januar.

Die zur Europakonferenz und der Ratstagung versammelt gewesenen Delegationen und ihre Pressestäbe haben Genf im Laufe des Sonntag sämtlich verlassen. Briand ist in Begleitung seiner Mitarbeiter Léger und Pécqueurin wieder in Paris eingetroffen. Mit dem gleichen Zuge traf auch der englische Staatssekretär Henderson in Paris ein. Er setzte am Montag seine Reise nach London fort.

Bresenachtlänge

Die „Oberschlesische Volksstimme“, das maßgebende Organ der ober-schlesischen Zentrumspartei, bezieht das Ergebnis von Genf als einen vorläufigen deutschen Erfolg gegenüber Polen. Als wesentlich bezeichnet das Blatt die Feststellung der offiziellen Beurteilung Polens wegen Verletzung der Genfer Konvention und die Betonung der Notwendigkeit eines Systemwechsels in Ostoberschlesien. Damit sei erreicht, daß die Oberschlesienfrage in der Schwebe bleibe und ihre endgültige Erledigung nicht durch bloße Versprechungen der polnischen Regierung, wie bisher, sondern nur durch Taten finden könne. Polen stehe in Zukunft unter dem starken Druck und der Kontrolle des Völkerbundes.

Die „Ostdeutsche Morgenpost“ stellt in der Beurteilung des Genfer Ergebnisses mit großer Befriedigung fest, daß durch den Bericht des Rates ein großer Fortschritt erzielt worden ist. Das Blatt ist der Ansicht, daß durch die Feststellungen über den Charakter des Aufständischenverbandes und über die Beziehungen der Behörden zu dieser Organisation die Grundlage für eine Aenderung des Systems in Ostoberschlesien geschaffen sei, der sich Polen um so weniger werde entziehen können, als es auf Grund der ukrainischen Beschwerden im Mai neue Hoffstellungen in Genf zu erwarten habe.

Die „Kattowitzer Zeitung“ schreibt in ihrem Kommentar über den Ausgang der Genfer Ratstagung u. a., daß die Entscheidung geeignet sei, das Vertrauen der Minderheit zum Völkerbund wiederherzustellen.

Der „Oberschlesische Kurier“ schreibt, die Genfer Entscheidung werde in allen Kreisen der deutschen Minderheit mit um so größerer Befriedigung aufgenommen werden, als sich zum ersten Male eine minderheitenfreundlichere Tendenz des Völkerbundesrates bemerkbar gemacht habe.

Nach dem Genfer Korrespondenzen des Daily Telegraph gebührt Henderson das Hauptverdienst an der vorläufigen Beilegung der ober-schlesischen Frage, der deshalb auch von allen Seiten beglückwünscht worden sei. Derselbe Korrespondent schreibt: Es sei stark beachtet worden, daß der italienische Außenminister sich an der Session aktiv beteiligte, und daß die italienische Presse eingehende Berichte veröffentlicht habe. Dies werde hier als ein Zeichen dafür ausgelegt, daß Mussolinis Haltung gegenüber dem Völkerbund sich geändert habe.

Nach dem „Daily Herald“ bedeutet der Bericht über die Terrorisierung der Deutschen in Oberschlesien eine strenge Beurteilung der polnischen Behörden. Die „Morningpost“ meint, der Bericht des Völkerbundes sollte in Deutschland eine Befriedigung hervorrufen, ohne Polen deshalb zu verlegen. Die „Times“ behandelt das Ergebnis der Tagung in einem Leitartikel. Darin wird u. a. gesagt, daß der Kurs, den Dr. Curtius zu steuern hatte, besonders schwierig war. Die Mehrheit der politisch interessierten Deutschen hätte einen „Erfolg“ erwartet, andererseits den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund gefordert. Dr. Curtius hätte verstanden, für sein Land eine wertvollere Genugtuung zu gewinnen, als die Niederlage seines polnischen Gegners.

Die Pariser Presse sieht in der Entscheidung des Völkerbundesrates in der Oberschlesienfrage eine Beurtei-

lung der politischen Methoden. Selbst der Temps muß zugeben, daß dem polnischen Außenminister nichts anderes übrig geblieben sei, als unter dem Gewicht des von deutscher Seite beigebrachten erdrückenden Materials sein Ableugnen aufzugeben. Damit gibt auch der Temps den polnischen Agitatoren, die auf die wohlwollende Beihilfe gewisser polnischer Regierungsstellen rechnen könnten, unrecht. Was die indirekten Verantwortlichkeiten anbetrifft, so werde der polnischen Regierung aufgegeben, Maßnahmen zum Abbruch der Beziehungen zu ergreifen, die zwischen den Behörden und den eine politische Tätigkeit gegen die nationalen Minderheiten ausübenden Verbänden bestehen. Diese Anordnung betreffe vor allem den Verband der schlesischen Aufständischen. Deutschland, so erklärt die République, erlangte die offizielle Anerkennung des Minderheitenschutzabkommens von 1922, einen indirekten Tadel gegen den Wojewoden in Schlesien, eine Desavouierung des Zusammenwirkens der polnischen Behörden mit dem Verband der polnischen Insurgenten, und überdies beschäufte sich ja der Völkerbund noch weiterhin mit der Angelegenheit.

Amerika gegen Abrüstungs-Vorstoß

London, 27. Januar.

Der Washingtoner Times-Korrespondent meldet: Die Anregung, daß ein amerikanischer Bürger den Vorschlag auf der allgemeinen Abrüstungskonferenz übernehmen solle, ist von der amerikanischen Regierung abgelehnt worden, und diese Haltung findet zweifellos die Unterstützung der öffentlichen Meinung. Auch der Gedanke einer Inerimskonferenz unter Beteiligung eines Amerikaners hat keine Billigung gefunden.

Staatssekretär Stimson legte dar, daß die Methode „direkter Verhandlung“ nach Ansicht der Regierung geeigneter zur Behandlung der „wunden Stelle“ Europas sei. Die große Wichtigkeit der kommenden Konferenz wird in Washington ebensowenig gelehnt wie die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten unvermeidlich eine führende Rolle spielen werden. Aber man ist der Meinung, daß es zu weit gehen würde, wenn die Vereinigten Staaten die leitende Verantwortlichkeit übernähmen.

Die heimattreuen Oberschlesier an Dr. Curtius.

Katibor. Die Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier haben an den Reichsaußenminister Dr. Curtius folgendes Telegramm gefandt:

„Die Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier danken Ihnen, Herr Reichsaußenminister, für Ihre entschiedene geradlinige und unbegrenzte Vertretung der deutschen Minderheitsinteressen in Genf. Wir danken Ihnen besonders dafür, daß Sie auf die Unmöglichkeit der jetzt bestehenden ober-schlesischen Grenzen und die sich aus dieser ergebenden Politik des Deutschen Reiches und jedes deutschen Reichsaußenministers ausdrücklich hingewiesen haben.“

In unwandelbarer Hoffnung auf die Wiedervereinigung Gesamtoberschlesiens grüßt Sie bei Ihrer Heimkehr namens der Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier Oberbürgermeister Raschny-Katibor, Vorsitzender.“

England gegen Youngplan-Revision?

Der britische Schatzkanzler im Kabinett Baldwin, Sir Robert Horne, veröffentlicht in der „Sunday Times“ eine bedeutsame Erklärung zur Frage der britischen Kriegsschulden. Er warnt darin vor der Erwartung, daß die Vereinigten Staaten in der unmittelbaren Zukunft bereit sein würden, ihren Schuldnern irgendwelche Konzessionen zu gewähren. Nach Auffassung des genannten Blattes sei die Erklärung Hornes wichtig angesichts der Kampagne, die zu Gunsten der Revision des Young-Planes geführt wurde. Es scheint daraus zu folgen, daß Großbritannien keine Verminderung in den deutschen Reparationszahlungen billigen könne, wenn nicht ein Äquivalent in den britischen Zahlungen an die Vereinigten Staaten geschaffen wird.